Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

*Berlin, Januar/Februar 2016* *66. Jahrgang, Nr. 759/60*

# Aussichten sind trotz guter Organisation und großer Teilnahme vage

*Zentrale Protestaktion gegen die Kürzung der „Übersiedler-Renten“ am 13. April 2016 in Berlin*

Darauf haben viele gewartet: Am 13. April startet die IDEF, die „Initiative ehemaliger DDR- Flüchtlinge“, die sich seit Jahren für die Besserstellung der Renten vormals geflüchteter DDR-Bürgerinnen und Bürger einsetzt eine Protestaktion. Der Kreis um DDR-Opfer und Widerständler Dr. Wolfgang Mayer will nicht hinnehmen, dass Übersiedler aus der DDR, zu denen auch frühere politische Häftlinge gehören, in der Bundesrepublik deutlich niedrigere Renten bekommen als etwa damalige systemtreue SED-Kader, die im Staatsapparat der DDR tätig waren. Nach Vollzug der deutschen Einheit wurden diese in den Öffentlichen Dienst übernommen und später hoch berentet. Dabei galt ursprünglich eine Regelung, die den Tatsachen und den gebrochenen Lebensläufen gerecht wurde. Dieser Regelung zufolge wurden die Rentenansprüche von übergesiedelten DDR-Bürgern so eingestuft, als hätten die Betroffenen im Westen in ihrem früheren Beruf weitergearbeitet. Ein Ingenieur hätte demnach eine Rente erhalten, die einem als Ingenieur arbeitenden Bundesbürger angepasst war. Somit erlitten Übersiedler, die im Westen keine gleichwertige Anstellung fanden und weit unter ihren Berufsmöglichkeiten blieben, bei der Rentenberechnung finanziell keinen Nachteil. Diese sinnvolle Festlegung wurde in den 1990er Jahren aufgehoben. Stattdessen erfolgte die Rentenberechnung gemäß den tatsächlichen Einzahlungen in die Rentenkasse und führte wegen oft genug vorkommender schlechter oder gar keiner Beschäftigung und demzufolge geringer Einkommen bei den Übersiedlern zu niedrigen Beitragszahlungen.

Es sind zur Abänderung dieser Ungerechtigkeit mehrfach Gerichtsverfahren angestrengt worden, die jedoch erfolglos blieben (was in Anbetracht des negativen Ausgangs vieler anderer Klagen von ehemaligen politischen Häftlingen überhaupt nicht verwundert). Auch beim Bundesverfassungsgericht wurde eine Klage eingereicht, die allerdings schon drei Jahre der Beachtung und Entscheidung harrt. Die nächste Instanz wäre dann der Europäische Gerichtshof.

Für die Bundesrentenanstalt als zahlungspflichtige Instanz kommt die Zeitverzögerung durchaus gelegen, denn die Lebensuhr der Betroffenen tickt unbarmherzig, es verschwinden immer mehr Anspruchsberechtigte, dadurch würde die Zahlungslast bei einem Erfolg der klagenden Übersiedler für die Rentenkasse als Beklagte ohnehin abnehmen.

Ziel der IDEF ist es, das nunmehr geltende Rentengesetz zu kippen und eine Rückkehr zu der vorherigen Berechnungsweise zu erreichen. Dadurch würde heute und auch in den kommenden Jahren vielen Betroffenen der Gang zum Sozialamt erspart, denn die Renten sind ohnehin nach Einführung des Euro in ihrem realen Wert enorm gefallen. Während die Berechnung der monatlichen Rente auf DM-Niveau erfolgt, also nominell halbiert wurde, weiß man, wie sehr die Preise im Land nach der Euro-Einführung gestiegen sind, so dass sie etwa das DM-Niveau erreicht haben. Beispielsweise kostet eine Bahnfahrkarte, die vormals bei 80 DM lag, nun 80 Euro (oder sogar noch mehr).

Für ehemalige politische Häftlinge, die länger als sechs Monate inhaftiert waren, stellt diesbezüglich die Gewährung der Opferrente eine großartige Unterstützung dar. Aber sie kann nicht als Ersatz für einen per Gesetz gesenkten Rentenanspruch angesehen werden. Daher würden viele aus den Reihen der seinerzeit aus politischen Gründen in der DDR Inhaftierten von einer Rückführung zur vorherigen Rentenberechnungsweise ebenfalls profitieren. Abgesehen davon geht es für die Kameradinnen und Kameraden der VOS darum, sich gegenüber anderen durch die SED-Herrschaft Benachteiligten solidarisch zu erklären und das Anliegen zu unterstützen.

➔ *weitere Infos S. 6*

**Die VOS ruft hiermit die in Berlin und im näheren Einzugsgebiet lebenden Mitglieder auf, sich der Demonstration anzuschließen. Für entfernt wohnende Kameradinnen und Kameraden wird empfohlen, Fahrgemeinschaften zu bilden. Wer zögert, sollte bedenken: Es geht (auch) um unser Recht – und um unser Geld und unser Ansehen.** ***A.R***

Dies ist die erste Fg-Ausgabe des Jahres 2016, das mittlerweile schon ein gutes Stück vorangeschritten ist. Ich möchte dennoch nicht versäumen, allen Kameradinnen und Kameraden zu danken, die auf unterschiedliche Weise mir und dem Bundesvorstand sowie unserem Geschäftsführer wiederum gute Wünsche zukommen ließen. Natürlich werden wir alle uns bemühen, den Aufgaben des Verbandes weiterhin gerecht zu werden. Es wird zwar nicht leichter, weil wir uns insbesondere mit dem Problem des zahlenmäßigen Mitgliederrückgangs auseinandersetzen müssen und dabei für jeden Hinweis und Lösungsvorschlag bzw. jedes neue Mitglied dankbar sind. Hierzu hat auch der Bundesvorstand bei seiner turnusmäßigen Sitzung im Januar ausgiebig diskutiert (Seite 4 dieser Ausgabe).

Hoffnungsvoller stimmt uns die Aussage zur finanziellen Situation. Der Verband hat zwar keine Reichtümer angehäuft, aber die Lage ist trotz der Verpflichtungen stabil. Das ist das Ergebnis mehrerer Einsparungsmaßnahmen, aber auch der regen Spendertätigkeit der Kameradinnen und Kameraden und einiger Sympathisanten des Verbandes. Auch hierfür sei allen gedankt, wobei sich mit dem Dank die Bitte verbindet, nicht nachzulassen und den Verband weiter zu unterstützen. Immer noch lasten regelmäßige Zahlungsverbindlichkeiten auf der VOS und machen uns zu schaffen.

Im März findet nun endlich der Termin beim Sozialgericht statt, auf den wir seit über einem Jahr warten. Hier wird sich – hoffentlich – klären, ob wir sozusagen mit einem blauen Auge und einer erheblich kleineren Zahlungsbelastung davon kommen. Voraussetzung wäre, dass das Gericht anerkennt, dass der Vorstand über mehrere Jahre ohne böswilligen Vorsatz keine Sozialabgaben für die Rentenversicherung zweier Beschäftigter geleistet hat. Dass das damals nicht geschah, ist auf eine mündliche Falschinformation des vom Vorstand konsultierten Rechtsanwaltes zurückzuführen. Der damalige Vorstand hat sich auf diese Auskunft verlassen und keine schriftliche Note abgefordert. Im Nachhinein hat sich diese *Unbedarftheit* als verhängnisvoll erwiesen. Es wäre jedoch falsch nunmehr mit Schuldzuweisungen aufzuwarten. Der damalige Vorstand hat gewissenhaft und ehrenamtlich gearbeitet und sich für die Ziele des Verbandes eingesetzt. Ich gehe nun davon aus, dass wir in der nächsten Fg-Ausgabe ein verbindliches Urteil in unserer Sache vermelden können, und zwar ein für uns positives. Einen Anspruch auf die Information haben natürlich alle Kameradinnen und Kameraden.

## Auf ein Wort des Redakteurs

Trösten dürfen wir uns mit der Tatsache, dass unser Verband nicht die einzige Institution ist, die so „herzhaft“ (eigentlich eher herzlos) zur Kasse gebeten wird. Nachversicherungen, Steuernachzahlungen und dergleichen kommen durchaus häufiger vor als man denkt. Auch Privatpersonen, die beim Finanzamt falsche oder gar keine Angaben zum Erhalt von Renten oder anderen Einkünften gemacht haben, mussten das schon erfahren.

Für mich ist es eine außerordentliche Erkenntnis, wie hilfsbereit und großzügig sich verschiedene Kameradinnen und Kameraden in dieser schwierigen Situation verhalten. Die Summe der Spenden ist beachtlich! Das zeigt, dass uns allen die VOS eine Menge bedeutet und der Wille, das Erbe von sechseinhalb Jahrzehnten unbedingt zu erhalten, weiterhin stark ausgeprägt ist. Für meine Redaktionsarbeit gibt das natürlich Auftrieb. Ich halte die Freiheitsglocke trotz der eher geringen Auflage und der vorläufig zweimonatigen Erscheinungsweise für ein wichtiges Presserzeugnis in Deutschland. Es gibt kaum ein anderes Blatt, das die Interessen ehemaliger Opfer und Widerständler des kommunistischen Regimes über so lange Zeit konsequent authentisch vertreten hat und vertritt wie unsere Monatszeitung. Wir sind von keinen politischen Instanzen und von keinen Geldgebern abhängig.

Was die Gestaltung der Fg angeht, so steht es jeder und jedem frei, einen Beitrag einzureichen. Nach wie vor bin ich auch bereit, die angebotenen Texte zu überarbeiten oder überhaupt erst abzuschreiben, damit sie gedruckt werden können. Dies soll vor allem unseren älteren Mitgliedern helfen, ihre Stimme zu erheben.

Da in diesem Jahr infolge des geänderten Turnus‘ keine Generalversammlung stattfindet, wird es auch keine Vorstandswahl geben. Soll heißen, wir werden weiter ohne Ersten Bundesvorsitzenden arbeiten. Da wir diesen Status quo nun schon etliche Monate haben und alle Abläufe gut funktionieren, müssen wir uns sicher keine Sorgen um ein reibungsloses Funktionieren der organisatorischen Abläufe machen. Dazu gehört, dass wir unsere Ziele und Schwerpunkte weiter verfolgen.

Ganz vorn steht die Frage, ob wir noch ernsthaft an weiteren finanziellen Verbesserungen interessiert sind. Seit der Erhöhung der Opferrente auf 300 Euro hat sich fast nichts getan. Oft genug schon habe ich hier geschrieben, dass künftige Verbesserungen von uns selbst gefordert werden müssen. Niemand wird kommen und uns freiwillig eine weitere Erhöhung der Opferrente oder endlich eine Entschädigung für die geleistete Zwangsarbeit anbieten. Niemand wird von sich aus zu uns sagen, dass nun auch Haftzeiten von unter einem halben Jahr zum Empfang der Opferrente berechtigen oder den Hinterbliebenen ein Anspruch gewährt wird. Der Ausgangspunkt kann nur bei uns selbst liegen.

Im nächsten Jahr sind die Wahlen zum Bundestag. Es wird einen harten Kampf um den Einzug in dieses Parlament geben. Die Parteien, sowohl die (noch) kleinen wie auch die (noch) großen, werden auf jede Stimme angewiesen sein, sie werden diesmal auch auf jede Stimme hören müssen. Ich muss sicherlich nicht näher ausführen, dass sich uns damit durchaus noch einmal die Möglichkeit bietet, etwas zu erreichen. Es wäre also gut, wenn wir uns weiterhin bemerkbar machen. Ein bisschen was sollte auf jeden Fall gehen.

*Bis zur nächsten Ausgabe*
*Ihr Alexander Richter*

# In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten


*Titelseite*

**Es gibt uns noch, unsere Ansprüche ebenfalls**
IDEF plant mit ehemaligen politischen Häftlingen am 13. April eine große Demo gegen den „Rentenbetrug“ (weiter Seite 6)

***Redaktionsthema*:**

**Am Anfang des Jahres 2016**
Wie können wir die jetzige Mitgliederzahl zumindest halten? 2

**Den „Staffelstab“ an die Kinder und Enkel weitergeben – kann man „so“ darüber reden?**
Ist es pietätlos über Testamentsverfügungen zu diskutieren, um damit die VOS zu unterstützen 4

**BITTE BETEILIGT EUCH AN DER PETITION UND SCHICKT DIESES SCHREIBEN AB!**
Die Amtsperiode von Roland Jahn läuft aus. Wir möchten, dass er und die Behörde bleiben 5

**Eine vorsorgliche Information für alle Fälle**
Die sächsische LStU teilt mit 6

**Wer kennt diesen VOS-Kameraden?**
Suche über ein Foto 6

**Ein Vergleich ohne Grundkenntnisse**
Darf man die DDR im Nachhinein als ein „sicheres Herkunftsland“ bezeichnen? 7 - 8

**Das Bewusstsein eines anmaßenden Sowjets**
Über Putins unrealistische Denkstrukturen 8

**Ein zerstörtes Leben, ein qualvoller Tod**
Rechtsanwalt Wolfgang Schnur verstarb einsam 9

**Das Signal von Zeitz bleibt unauslöschlich e**
Oskar Brüsewitz‘ Selbstverbrennung vor 40 Jahren und das Gedenken 9

**Trotz großmimischer Reue ein Schuldiger**
Schabowski war ein Glücksfall für die Medien 10

**Warum nicht auch noch Kim Il sung ?**
Rosa und Karl, Mao und Stalin – die blinde Ehrung des Unrechts in Berlin-Treptow 10

**Die (Konter)revolutionärin wohnt in Chile**
Die Uneinsichtigkeit einer Ex-Ministerin 11

**Diese Leute sollten sich einfach nur schämen!**
Schändung einer Gedenktafel in Rostock 11

**Die Aufarbeitung hat viele Facetten**
Drei unterschiedliche Bücher über das Unrecht in der DDR und Menschen, die sich ihm widersetzten 12 - 14

**Seine Auftritte sind etwas Besonderes**
Schauspieler Jochen Stern als Zeitzeuge 15

**Leserbriefe, Zitate** 6, 7, 9, 10
**Suchmeldung** 6
**Information/ Veranstaltungen** 6, 3, 16
**Todesmeldungen, Nachruf** 15
**Impressum / Aufruf,** 16


# Überwältigend viele Spender für die VOS

Manfred Schulz, Horst Strussenberg, Horst Radigk, Karl-Heinz Ulrich, Horst Lindemuth, Sabine Steckroth, Annette Schneider, Klaus Bartholomay, Hartmut Trapp, Hans-Joachim Markgraf, Günter Uhlig, Günther Kühme, Reinhold-Wilhelm Küssner, Sabine Trompler, Dr. Fred Mrotzek, Hans-Georg Metzsch, Gotthilf Sternberg, Jörg Petzold, Klaus-Dieter Jakob, Gotthard Rammer, Detlef Watzlaweck, Heinz-Jürgen Müller, Michael Möller, Ulrich Seidel, Erdmute und Dr. Walter Weller, Rosemarie und Erich Marzahn, Rudolf Lenkisch, Hubert Werner, Dr. Oswald Gürtler, Helmut Fleischhacker, Heinz Noack, Dieter Bachmann, Eckhard Mensebach, Günter Steinrücken, Gottfried Walther, Hans Steffen, Ferdinand Gesell, Brigiotte Voelkel, Johannes Wagner, Jürgen-Kurt Wenzel, Erik Hofmann, Gerda Kubiaczyk, Irene Petzel, Gerhard Lätsch, Günther Müller, Wolf-Peter Schmidt, Friderun und Egon Seel, Wolfgang Lehmann, Reinhard Maier, Michael Krug, Hartmut Reich, Dr. Martin Hoffmann, Eberhard Kaduk, Roland Ermer, Peter Ruck, Elke und Martin Höhny, Bernd Westphal, Erna und Joachim Fiedler, Jakob Bittermann, Hans-Jürgen Mewes, Gerhard Bartels, Gerhard Heiland, Karl-Heinz Ossenkop, Gerhard Wendler, Gisela Quasdorf, Karl Pohl, Bernhard Harz, Henry Sobora, Waltraud Ewert, Horst Menzel, Hans Mirr, Reinhard Schwartz, Jürgen Fuhrmann, Hans-Christian Braun, Renate und Rolf Persich, Barbara und Harald Beständig, Eberhard Schröder, Siegfried Müller, Ingeborg Gericke, Helmut Günther, Hans Koch, Dorothea Harder, Roland Fiedler, Manfred Schultz, Erhard Göhl, Marcel Lehnhardt, Ingrid Schmidt, Bruno Niedzwetzki, Joachim Gartzke, Wilma Möller, Lydia Kuhnke, Rudi Richter, Monika und Volkmar Christner, Werner Arnold, Erwin Kujadt, Helmut Klötzner, Klaus Muder, Friedrich Radochla, Peter Schneeweiß, Horst Ahrens, Peter Uebachs, Ingrid und Michael Faber, Dieter Kuban, Horst-Eugen Schönberg, Stefan Obst, Wolfgang Altmann, Karl-Heinz Ruhnau, Wilmar Leistner, Ernst Levin, Norbert Czenczek, Christel Haustein, Gerd Wagner, Karl-Heinz Ulrich, Ursula Frehse und Horst Bode, Joahnnes Schulze, Horst Kreeter, Rolf Göbel, Friedhelm Stage, Alexander Richter, Prof. Dr. Gerhard Meinl, Hans-Dietrich Kieckbusch, Hans Stein, Joachim Hänel sen., Bernhard Buhr, Thomas Hainich, Rudolf Keick, Helmut Schlönvoigt, Fred Wietzoreck, Martina und Uwe Rutkowski, Gerhard Janson, Martin Pescheck, Rainer Bäurich, Gabriele und Udo Heideklang, Günter Rößger, Horst Wagner, Christa und Bernd Pieper, Irma Sann, Eberhard Wendler, Klaus Feibig, Gunter Schramm.

**Vorstand und Redakteur danken allen Genannten, aber auch jenen, die ihren Jahresbeitrag bereits pünktlich entrichtet haben.**

## Ein Hinweis der Bundesgeschäftsstelle:

*Betrifft Mitgliedsbeitrag 45 €:*
*Aus gegebenem Anlass wird darauf hinwiesen, dass der jährliche Beitrag mit 45,00 € auf der Generalversammlung festgelegt wurde, die diesen lt. Satzung auch nur ändern kann. Anfang des Jahres wurden in Brandenburg handschriftliche Briefe mit Überweisungsträgern versandt und behauptet, die Mitglieder hätten einen Beitrag von 24 € festgelegt. Bitte nicht auf diese Briefe reagieren. Auskunft gibt die Bundesgeschäftsstelle unter der Rufnummer 030 – 2655 23 80.* ***H.D.***

# Es ist ein Thema, das letztendlich uns alle angeht

*VOS-Bundesvorstand diskutiert bei Sitzung und über langfristiges Weiterbestehen des Verbandes*

Zu seiner turnusmäßigen Zusammenkunft traf sich der erweiterte Bundesvorstand der VOS, einschließlich des Fg-Redakteurs, am 15. Januar in der NRW- Landeshauptstadt Düsseldorf. Auf der Tagesordnung standen wie gewohnt aktuelle Inhalte sowie auch eine der Fragen, für die der Verband schon seit Langem nach einer Lösung sucht. Gemeint ist damit die Erhaltung unseres Verbandes, da zu Beginn des Jahres 2016 eine rückläufige Mitglieder-Zahl im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen ist.

**Wer hat Ideen, wer verfügt über ein brauchbares Konzept?**

Ursächlich für den Mitgliederschwund sind die Überalterung, aber auch die fehlenden Möglichkeiten, wieder mehr Kameradinnen und Kameraden für unseren Verband zu gewinnen.

Wer hat Ideen, wer verfügt über ein brauchbares Konzept?

Bekanntlich ist die vormalige Verbüßung politischer Haft oder der Nachweis einstigen Verfolgtseins in SBZ/DDR nicht mehr Voraussetzung für eine Aufnahme in den Verband. Mitzubringen wären allerdings die Übereinstimmung mit unseren politischen Zielen und unserer demokratisch freiheitlichen Einstellung sowie die Bereitschaft und das Einverständnis, an der Aufarbeitung der SED- Unrechtsherrschaft mitzuwirken.

Während der Sitzung wurde über diesen Punkt offen diskutiert, hängt doch von einer angemessenen Zahl an Mitgliedern – diese sollte denn schon vierstellig sein – die finanzielle Basis des Verbandes und damit auch das Weiterbestehen ab.

**Begrüßenswert wäre es, wenn das Interesse und Engagement der ehemaligen politischen Häftlinge dann auch auf die Kinder (oder Enkel) übertragen werden könnte.**

Etwas heikel mutet dabei die Empfehlung an, dass – im Todesfall von ehemaligen Häftlingen – die Hinterbliebenen in den Verband eintreten. Bisher entschlossen sich in einem solchen Fall nicht selten die jeweiligen Witwen bzw. Witwer zu diesem Schritt, was für viele eine Selbstverständlichkeit war, falls sie der VOS nicht ohnehin schon angehörten. Begrüßenswert wäre es ebenfalls, wenn das Interesse und Engagement der ehemaligen politischen Häftlinge dann auch auf die Kinder (oder Enkel) übertragen werden könnten – und somit auch die Bereitschaft zur Mitgliedschaft geweckt würde. Immerhin verdanken die nachfolgenden Generationen das Leben in Freiheit und Demokratie, in das sie glücklicherweise hineingeboren wurden, der Opferbereitschaft und dem Mut ihrer Mütter und Väter.

Wie jedoch kann man seinen Angehörigen den Beitritt zu einem Opferverband „schmackhaft“ machen? Diese Frage ließ sich in der Vorstandsrunde nicht eindeutig beantworten. Man kann keinen zum Beitritt in die VOS zwingen, und man sollte auch niemanden überreden, dem die Mitgliedschaft widerstrebt. Es bedarf einer guten Argumentation.

**Es könnte die Vorauszahlung einer mehrjährigen Mitgliedschaft sein. Fünf Jahre, das wären 250 Euro, zehn Jahre der doppelte Betrag.**

Andererseits gibt es in der Tat auch Fälle, in denen es einfach am finanziellen Budget der Hinterbliebenen liegt. Sicherlich sind knapp 50 Euro Jahresbeitrag keine große Summe – für den, der sie übrig hat und dem die VOS viel bedeutet. Manch einer hat diese Summe aber doch nicht. Daher wurde im Vorstand auch die Variante einer testamentarischen Vorausverfügung angesprochen. Soll heißen: VOS-Mitglieder, die – egal wie alt sie sind – für den Fall ihres Ablebens ein Testament formuliert haben, sollten darin das Weiterbestehen der VOS berücksichtigen. Es könnte die Vorauszahlung einer mehrjährigen Mitgliedschaft für einen oder mehrere Erben sein. Fünf Jahre, das wären 250 Euro, zehn Jahre der doppelte Betrag. Davon abgesehen steht es jeder Kameradin und jedem Kameraden frei, die VOS als Verband in der Nachlassverfügung zu berücksichtigen.

Wie gesagt, das Thema ist rundum etwas heikel. Wer redet schon gern über den Tod und über Erbschaftsangelegenheiten. Dennoch ist es unumgänglich, uns alle damit zu konfrontieren. Es geht hier nicht um Bettelei oder Erpressung, sondern es geht um den Erhalt unseres Verbandes und mit ihm um den Bestand eines wichtigen Stücks Geschichte. Mut, Klugheit, Widerstand, Opferbereitschaft und weitere Merkmale des gemeinsamen und individuellen Kampfs gegen das Unrecht einer unmenschlichen Gesellschaftsordnung, die sich inzwischen durch ihre Nachfahren als moderat und harmlos, ja sogar als humanistische Alternative zur bürgerlich demokratischen Staatsform empfiehlt. Es gibt kaum eine Instanz, die authentischer und selbstloser an der Aufarbeitung des begangenen Unrechts wirkt und dies so geradlinig und detailliert betreibt wie die VOS.

**Wir haben endlich einen Termin beim Sozialgericht, um über die Höhe der uns monatlich auferlegten Abführungen zu verhandeln.**

Dieser Gedanke rechtfertigt denn auch, dass wir – und dies wäre der Tenor der Vorstandsdiskussion – die Frage „Soll man der VOS mit einer testamentarischen Verfügung helfen“ offen und verständlich in die Freiheitsglocke bringen. Es ist ein Thema, das letztendlich uns alle angeht und über das jeder Einzelne nachdenken sollte.

Ungeachtet der vorherigen Ausführungen stellten Rainer Buchwald als Bundesschatzmeister und Hugo Diederich als Geschäftsführer der VOS klar, dass die Finanzen des Verbandes in Ordnung sind. Wir sind mit unserem Bestand nach wie vor deutlich im Plus, und wir haben endlich (!) einen Termin beim Sozialgericht, um über die Höhe der uns monatlich auferlegten Abführungen zu verhandeln. Das heißt, folgt das Gericht unserer Argumentation, dass wir seinerzeit die Sozialabgaben für zwei VOS- Angestellte nicht vorsätzlich, sondern infolge der (seinerzeit leider nur mündlich erteilten) Falschinformation eines Berliner Anwalts nicht geleistet zu haben, würde sich die Belastung erheblich mindern. Der genannte Termin findet im März statt, so dass die nächste Fg-Ausgabe über das Ergebnis informieren könnte.

*Bundesvorstand / Redakteur*

# VOS-Aktion wichtiger denn je: Hier ist die Stimme jedes Einzelnen gefragt

*Wir dürfen nicht zulassen, dass Roland Jahn abgelöst und die Behörde geschlossen wird!*

Liebe Kameraden/-innen,
wie ihr vielleicht aus der Presse wisst, läuft Mitte März 2016 einerseits die Amtszeit des dritten Bundesbeauftragten für die Unterlagen des früheren MfS Roland Jahn aus, und andererseits gibt es noch einige Ungereimtheiten bezüglich seiner erneuten Wahl für eine zweite Amtsperiode. Die Frage steht, wird er überhaupt noch einmal von den Abgeordneten des Bundestages gewählt bzw. wird der Bundestag beschließen, dass die Behörde, in der Unmengen an Akten und Dokumenten aufbewahrt werden, weiter bestehen soll. Aus meiner Sicht ist es für uns hohe Zeit, dazu Stellung zu beziehen. Dies gilt für die VOS als Verband wie auch für jede Kameradin und jeden Kameraden. Ich rufe euch daher dazu auf, euch mit einem Schreiben an die wesentlichen Instanzen zu wenden. Dies sind:

- die Fraktionen des Bundestages
- die euch bekannten und sonstigen Bundestagsabgeordneten
- die Presse oder andere Medien.

Mit dieser Aktion verfolgen wir legitim ein uns alle angehendes Anliegen, da wir diejenigen sind, die aus eigenem und aus gesellschaftlichem Interesse an der weiteren Aufarbeitung der SED-Diktatur interessiert sind. Nur wenn die Behörde weiter existiert und von einer geschichtlich authentischen Person – und dies ist Roland Jahn – geführt wird, werden wir dieser Gesellschaft weiter in Erinnerung bleiben und Gerechtigkeit erfahren.

Da die Zeit drängt und manch einer vielleicht nicht sofort weiß, was er schreiben soll, füge ich ein von mir zu diesem Zweck verfasstes Schreiben bei, das man kopieren oder herausschneiden und an die Fraktionen der demokratischen Parteien im Bundestag, aber auch an einzelne Abgeordnete oder andere Vertrauen weckende Politikerinnen oder Politiker senden kann.

Wichtig ist, dass möglichst viele Verantwortliche überhaupt erst einmal informiert sind, dass eine Schließung der einstigen Gauck-Behörde für uns ehemalige politische Häftlinge einer Katastrophe gleich käme und wir das Vertrauen in den Staat verlieren könnten. Achtung: Die Zeit drängt in dieser Sache! Aber vielleicht sind einige auch schon selbst aktiv geworden, das wäre umso besser.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Euer Detlef von Dechend

Abs.:

, den 20. Februar 2016

An die
Bundestagsfraktion der ……
MdB ....
Platz der Republik
**11011 Berlin**

**Wiederwahl des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn**

Sehr geehrte(r) Frau/Herr

wie ich aus der Presse erfuhr, läuft die Amtszeit des jetzigen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Herrn Roland Jahn im März 2016 aus, und es wäre bei den Bundestagsabgeordneten grundsätzlich noch nicht klar, wie für die nahe Zukunft weiter verfahren werden soll. Das betrifft sowohl das Amt des Bundesbeauftragten selbst als auch die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde insgesamt.
Die Zeit drängt für eine baldige Entscheidung.
Ich möchte Sie darüber informieren, dass ich dem größten und ältesten Opferverband ehemaliger politischer Opfer der kommunistischen Diktatur in der DDR und der SBZ angehöre und mir und meinen Schicksalsgefährten der Erhalt dieser Behörde – auch unter der Leitung von Roland Jahn – ausgesprochen wichtig ist. Ich möchte Sie daher aufgrund meiner persönlichen demokratisch geprägten Überzeugung mit allem mir zur Verfügung stehenden Nachdruck ermutigen, sich jetzt in einer bevorstehenden Bundestagsdebatte dafür einzusetzen, dass Roland Jahn für eine weitere volle Legislaturperiode als Leiter der Behörde wiedergewählt wird. Die Aufarbeitung und Aufklärung der Verbrechen der SED-Diktatur und deren Helfern, insbesondere von der Stasi, an Teilen des deutschen Volkes ist auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands noch nicht beendet.
Wir selbst leisten mit Zeitzeugengesprächen an Schulen einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung.
Die Akten der Stasi dürfen nicht in den Archiven der Regierung verschwinden, wo sie für die Opfer nicht mehr zugänglich sind. Denn das Interesse der Opfer an ihren (!) Akten und an der öffentlichen Aufklärung und Enttarnung möglicher IM ist nach wie vor ungebrochen. Wenn die Erklärungen im Bundestag zum erlittenen Leid der Opfer der SED-Diktatur aus den verschiedenen Anlässen aufrichtig gemeint sind, dann ist die Erneuerung des Mandates für den Bundesbeauftragten Roland Jahn eine fast zwingende Notwendigkeit.
Wir unterstützen in diesem Zusammenhang voll und ganz die Aktivitäten der UOKG - des Dachverbands der Opferverbände - deren Mitglied wir sind und hoffen auch auf Ihre Unterstützung.
Bitte unterstützen unser Anliegen und informieren Sie auch andere Bundestagsabgeordnete.

Mit freundlichen Grüßen

Forstsetzung von Seite 1

# Wider den verordneten Rentenbetrug

*Friedlich, aber empört im April zur Berlin-Demo*

Wie in der Fg bereits in früheren Ausgaben informiert, kämpft die IDEF bereits seit mehr als zehn Jahren für eine gesetzlich verankerte Besserstellung der DDR-Opfer. Zur Vorbereitung der Demonstration vom 13. April traf sich der Organisatorenkreis Ende Januar in Kassel. Seitens der VOS war Rainer Buchwald als offiziell Beauftragter angereist, um die Position unseres Verbandes zu vertreten.

Empfohlen wurde, dass zur Verstärkung der Teilnehmerzahl auch Familienangehörige von Betroffenen mitgebracht und Berlin lebende Freunde zu dieser Demo eingeladen werden sollten. Startplatz des Demonstrationszuges ist das Amt für Arbeit und Soziales. Hier „residiert" Ministerin Andrea Nahles, die man vorab auch schon zur Abgabe einer Stellungnahme zum Thema „Rentenbetrug" auffordern wird und die von der IDEF ein Schreiben erhalten soll, dessen genauer Inhalt noch fixiert wird. Ebenso wird ein Schreiben an Bundestagspräsident Lammert gerichtet. Es soll im Kern die Frage enthalten: Wie steht es mit der Rechtsstaatlichkeit in unserem Land? Zudem soll versucht werden, Roland Jahn und Hubertus Knabe als Unterstützer zu gewinnen. Dr. Knabe hatte sich bereits am 3. Oktober 2015, dem 25. Jahrestag der Deutschen Einheit, in der Zeitschrift „Handelsblatt" zum Thema Renten-Dilemma zahlreicher Übersiedler geäußert (siehe Kasten unten). Wohin sich der Demonstrationszug weiter bewegen soll, stand noch nicht fest. Denkbar wäre als Ziel der Reichstag oder das Kanzleramt. Über weitere Modalitäten soll ohnehin zeitnah entschieden werden. Ganz gewiss wird das Wissenswerte über die Netzwerke kommuniziert werden, und auch in der Bundesgeschäftsstelle der VOS wird man Auskunft bekommen.

Bisher rechnen die Organisatoren mit etwa 100 Teilnehmern. Dies dürfte sicherlich die untere Grenze der Kalkulation sein, denn betroffen sind Tausende, und wenn es ums Geld geht, lassen sich bekanntlich immer mehr Interessierte als sonst auf die Straße locken. Wer von den auswärtig angereisten Kameraden eine Übernachtungsmöglichkeit sucht, kann sich an den Vorstand der IDEF wenden. Es werden im Voraus preisgünstige Zimmer reserviert. Auch Reisekostenzuschüsse sind nicht ausgeschlossen. Transparente und Plakate sind erwünscht, wobei als Motto des Aktionszieles schlicht die Vokabel RENTENBETRUG genutzt werden soll – um einen solchen handelt es sich eindeutig. *A.R.*

## (K)ein Grund zum Feiern

Auch im Rentenalter wirkt die Verfolgung fort. Die hohen Renten für DDR-Funktionäre werden dank Rentenüberleitungsgesetz von der bundesdeutschen Rentenkasse bis heute größtenteils weitergezahlt. Die Ausgegrenzten und Verfolgten bringen hingegen kaum ‚Entgeltpunkte' für ihre Rentenberechnung zusammen – und erhalten entsprechend niedrige Bezüge. Den Flüchtlingen und Ausgereisten wurde die bundesdeutsche Rente nach der Wiedervereinigung sogar nachträglich wieder aberkannt. … die Herzenswärme, die viele für die derzeit nach Deutschland strömenden Flüchtlinge fordern, haben die SED-Opfer nie erhalten.

*Dr. Hubertus Knabe, im Handelsblatt, 3.10. 2015*

***Anm. d. Red.:*** *Die Informationen wurden durch die IDEF übermittelt. Auf das vorstehenden Zitat von Herrn Dr. Knabe hat Dr. Wolfgang Mayer aufmerksam gemacht.*

## Wer kann Auskunft geben?

Gesucht wird der Name des hier abgebildeten Kameraden, der (vermutlich) bei einer Rede während der Generalversammlung 2002 in Friedrichroda fotografiert wurde.

# Für die SED-Opfer bleibt es bei der Stiftung unverändert

*Ein vorsorglicher Hinweis für Anträge*

Der Sächsische Landesbeauftragte Lutz Rathenow weist in einer Pressemitteilung darauf hin, dass der in der sächsischen Presse erwähnte Hinweis *„Achtung Fristen! SED-Opfer müssen sich sputen"* nichts mit einem eventuellen Auslaufen von Entschädigungen für SED-Opfer im Sinne der SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen zu tun hat. Für SED-Opfer bleibt alles unverändert. Betroffen ist vielmehr eine Gruppe von Kriegsgefangenen, die bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge anspruchsberechtigt war. Aber auch bei dieser Stiftung können weiterhin Leistungen beantragt werden. Hierzu teilt die Behörde mit: *„Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge bleibt in ihrer bisherigen Form bestehen und ist weiterhin für die (aktuell jährlichen) Leistungen nach § 18 StrRehaG zuständig. Diese erhalten Betroffene mit weniger als 180 Tagen Haft sowie unter bestimmten Voraussetzungen hinterbliebene Kinder, Ehegatten oder Eltern. Insbesondere diese Hinterbliebenenregelung wird auch über eine geplante Beendigung der Rehabilitierungsmöglichkeit 2019 hinaus für steigende Zahlen bei den Antragsberechtigten sorgen."*

In derselben Pressemitteilung gibt der Landesbeauftragte einen Ausblick auf den jährlich stattfindenden Bundeskongress der Landesbeauftragten der Neuen Bundesländer, der im April stattfindet. Hierzu heißt es: „*Neben den Opfern von Zersetzungsmaßnahmen sollen verfolgte Schüler hier stärker in den Blick genommen werden. So wären für politisch rehabilitierte Schüler und von den Hochschulen verbannte Studenten vier zusätzliche Rentenpunkte eine wahrnehmbare Anerkennung der zerstörten Biografien und eine Minderung der sozialen Folgen.*" Damit würde nun der Unterstützung einer Opfergruppe Rechnung getragen, für die es infolge zumeist fehlender Aktennachweise über deren Benachteiligungen kaum Material gibt. *Valerie Bosse*

# Durch eine solche Polemik erfahren die DDR-Opfer neues Unrecht

*Inwieweit lässt sich die Fluchtsituation aus der DDR mit der heutigen vergleichen?*

Das Thema Flüchtlinge beschäftigt die Deutschen seit mehreren Monaten so intensiv, dass sich der Diskussion darum kaum jemand entziehen kann. Viele Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert oder fühlen sich in ihrer Existenz bedroht oder benachteiligt, zumal auch keine Eindämmung des Zustroms abzusehen ist und seitens der Politik eine klare, einheitliche Linie fehlt. Dass angesichts der teils chaotischen Zustände nun auch die Kanzlerschaft von Angela Merkel in Frage gestellt wird, ist für die Deutschen beinahe nebensächlich. Gefordert werden Informationen, Lösungswege und offene, sachliche Debatten.

In den Diskussionen, die öffentlich oder privat geführt werden, nimmt die Polarisierung der Meinungen immer sichtbarer zu. Selbst innerhalb der Parteien und Institutionen werden deutlich unterschiedliche Positionen bezogen. Während in der Regierungskoalition regelrecht um einen Stopp des Zustroms gestritten wird, ohne dass ein Ende oder wenigstens eine Milderung des Streits abzusehen ist, gibt es nun sogar in der katholischen Kirche stark voneinander abweichende Meinungen. So warnte einer ihrer Vertreter vor der baldigen unabwendbaren Islamisierung Deutschlands, während andere dafür eintreten, die Ankommenden aus allen Ländern in Deutschland bedingungslos aufzunehmen und auch keine Unterscheidung zwischen „Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen“ zuzulassen. Letzeres wurde durch keinen Geringeren als den Magdeburger Bischof Gerhard Feige – geboren 1951 und sozialisiert in der DDR – im Dezember 2015 in einer Ansprache durch einen fragwürdigen Bezug zur Fluchtsituation der einstigen DDR bekräftigt.

Die Ausführungen stießen auch bei unserem VOS-Kameraden Reinhard Golde, der auf die Äußerungen aufmerksam wurde, auf Unverständnis. Er empfand den Vergleich der heutigen Flüchtlingssituation mit jener der DDR als unkorrekt. Natürlich ist es richtig, dass 1989 ebenfalls massenweise DDR-Bürger in die Bundesrepublik flohen. Sie sahen endlich die Möglichkeit, der SED-Diktatur mit ihren bedrohlichen Verhältnissen zu entfliehen. Doch dies geschah vornehmlich aus politischen Gründen. Die DDR wird auch heute noch als Unrechtsstaat bezeichnet, die Aufarbeitung von Gewalt und Verfolgung ist weiterhin im Gange, sie wird länger anhalten, als die Zeitzeugen des Systems am Leben sind.

Dennoch stufte Bischof Feige den SED-Staat so ein: „Nach heutigen Kriterien wäre die DDR 1989 zweifellos als ein sicheres Herkunftsland eingestuft worden.“ Demnach wäre es 1989 die Pflicht oder das Recht der Bundesregierung gewesen, die flüchtenden Massen in die DDR zurückzubringen oder den Strom aufzuhalten, da es diese nur auf das gute Leben im Westen abgesehen gehabt hätten.

Diese Denk- und Betrachtungsweise ist billig und polemisch, sie entbehrt zweifellos der Einbeziehung einer wesentlichen Grundkenntnis: All diese Flüchtlinge aus der DDR waren laut bundesdeutschem Grundgesetz auch deutsche Staatsbürger. Dies war erklärter Status, damit einher ging die Ablehnung der immer wieder erneuerten Forderung Erich Honeckers, eine DDR-Staatsbürgerschaft zu akzeptieren. Die Bundesrepublik hätte im Extremfall sogar alle 17 Millionen Menschen aus der DDR aufnehmen müssen, selbst die Ehepaare Honecker und Mielke.

Nebenbei ist zu beachten, dass diese DDR-Flüchtlinge den Anspruch auf Aufnahme nicht nur durch das Grundgesetz erheben konnten. Sie brachten auch andere Voraussetzungen als die heutigen Flüchtlinge mit. Das war zum einen die deutsche Sprache, zum anderen die gemeinsame deutsche Vergangenheit und nicht zuletzt das Bekenntnis (der meisten DDR- Bürger) zur demokratischen Staatsordnung des Westens, aber auch zur gemeinsamen Kriegsschuld. Dies stellt eine – in den Grundzügen – aufgelistete Anreihung von Fakten dar, die nichts mit einer Wertung der aktuellen Flüchtlingssituation und deren Hintergründen zu tun hat. Ganz sicher ist davon auszugehen, dass viele Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan ihr Land aus Furcht um das eigene Leben und das der Angehörigen verlassen haben und dass ein Land wie die Bundesrepublik in der Lage und – dies wird von einer überwältigen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern (übrigens auch jener in den neuen Bundesländern) bekräftigt –willens ist, solchen Menschen in allen humanitären Belangen zu helfen. Sei es durch die Gewährung des Bleiberechts oder durch die Mitwirkung bei der Schaffung sicherer Verhältnisse in den Heimatländern der Geflüchteten, wie dies seit mehr als einem Jahrzehnt in Afghanistan der Fall ist.

Es ist jedoch absolut unpassend und vor allem ungerecht gegenüber den DDR-Opfern einen Vergleich wie den vorgenannten zu ziehen. Wer diese DDR heute noch, nachdem durch Zeitzeugen und Akten erdrückende Beweise und Argumente für das begangene staatliche Unrecht vorgelegt wurden, als sicheren Staat bezeichnet, darf sich nicht wundern, wenn ihm Protestbriefe wie der von Reinhard Golde (nachstehend veröffentlicht) vor die Füße fallen und ihm Fragen nach der Legitimation gestellt werden.

Es ist einfach nicht richtig, jenen Massen, die 1989 Hals über Kopf über die Grenze Ungarns geflohen sind oder sich in den Botschaften von Prag oder Warschau festsetzten und die auch um ihr Leben fürchteten, simple Wohlstandsflucht-Motive anzudichten. Gewiss dürfte sich auch ein Bischof an den Schießbefehl, an Minenfelder und die Selbstschussanlagen SM-70 erinnern. Die Zahl der Mauertoten spricht ebenso für sich wie die Gedenkstätten in den ehemaligen U-Haftanstalten der Stasi. Zugleich stellt sich die Frage: Kann das ein „sicheres Herkunftsland“ sein, in dem eine Regierung bei den Wahlen angeblich 99,99 Prozent Zustimmung findet und das das eigene Volk dann trotzdem einmauern und die Andersdenkenden in Gefängnisse sperren muss?

Die Kirche ist üblicherweise eine Institution, die Frieden und Gerechtigkeit predigt und sich dafür einsetzt. Bei dieser Behauptung seien die Verfehlungen früherer Jahrhunderte ausgenommen. Ebenso sei das peinliche Versteckspiel namens Missbrauch als untypisches Vorkommnis ausgeklammert. → S. 8

➔ von S. 7 unten:

Aber sicher ist, Frieden und Gerechtigkeit haben mit Ehrlichkeit und Weisheit zu tun, ansonsten entsteht das Gegenteil von Humanität. Vielmehr wäre es angebracht, den Opfern des SED-Regimes erstens für deren Einsatz gegen die Gewaltherrschaft zu danken und zweitens sie beim Kampf um deren soziale Besserstellung zu unterstützen. Mit unpassenden Vergleichen und Diskriminierungen schafft man – gewollt oder mit Absicht – gerade jene Randgruppen, von denen man angeblich nicht weiß, wie und warum sie entstehen und mit denen man nichts anzufangen weiß, als sie zu verteufeln. *B. Thonn*

********** ********** **********

**Lesen Sie nachstehend den hier erwähnten Brief:**

Sehr geehrter Herr Bischof Doktor Feige,
nachdem ich Ihre, bei einer Veranstaltung in Magdeburg gemachten Aussagen gelesen habe, möchte ich Ihnen als praktizierender (evangelischer) Christ folgendes mitteilen: Die DDR als „aus heutiger Sicht als sicheres Herkunftsland“ einzustufen, ist unsachlich und historisch falsch. Es gab in der DDR hunderttausende politische Gefangene (ich gehörte bis zu meinem Freikauf durch die Bundesrepublik von 1983 bis 1985 selbst dazu). Es gab Repression, Stasi-Überwachung und „Zersetzung“ politisch nicht konformer Menschen. Es gab Unterdrückung, Bevormundung und Indoktrination im „real dahin gesiechten“ Sozialismus der DDR. Das alles dürfte doch auch an Ihnen als kirchlich engagiertem Menschen nicht vorbeigegangen sein.

Eine pauschale Vermischung der heutigen Flüchtlingsbewegungen mit den tatsächlichen Verhältnissen in der DDR verbietet sich von selbst. Die überwiegende Mehrzahl der damaligen (Botschafts-)Flüchtlinge sah sich nicht aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, oftmals Haus, Hof, Sparguthaben, Autos, Freunde und Verwandte zurückzulassen, sondern weil sie ein Leben in Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung, dem in einer Diktatur vorzogen. Das weiß ich aus zahlreichen Gesprächen mit damaligen Haftkameraden, denn sie und ich konnten nicht wissen, welche wirtschaftlichen Grundlagen wir uns in der Bundesrepublik schaffen werden können. Da ein Großteil der Flüchtlinge, die der DDR den Rücken kehrten, gut ausgebildete Menschen (unter ihnen zahlreiche Akademiker) waren, ist der von Ihnen vorgenommene Vergleich völlig falsch.

Heutzutage wird aus der Bundesrepublik glücklicher Weise niemand in einen derartigen Unrechtsstaat oder eine totalitäre Diktatur, wie es die DDR zweifelsohne war, abgeschoben oder zurückgeschickt.

Ihre Äußerungen, sehr geehrter Herr Bischof Feige, treffen und betreffen mich persönlich und alle Menschen die in der DDR wegen ihres Einsatzes für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde gelitten haben und verfolgt wurden, ebenso. Sie sind übrigens auch „Wasser auf die Mühlen“ der Verdränger und Verharmloser von SED/Die Linke und ihrer Sympathisanten.

Sehr geehrter Herr Bischof Doktor Feige, ich möchte Sie bitten, suchen Sie das Gespräch mit den zahlreichen Opfern der DDR-Diktatur, anstatt mit einer derartigen Vermischung historischer und aktueller Gegebenheiten Irritationen hervorzurufen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern eine gesegnete Adventszeit, persönliches Wohlergehen und Gottes Segen.

*Mit freundlichen Grüßen* ***Reinhard Golde***

# Es ist das Muster der alten Sowjets

*Russlands Putin erweist sich als Hasardeur*

Jener Mann, der in Moskau sitzt und über den die Welt zuweilen schnöde Witze reißt, wird zunehmend zu einer Gefahr für Europa. Sein Name ist Wladimir Putin, sein Ruf in Europa und den USA wird zweifelhafter, die Gefahr, die er ausstrahlt ebenfalls. Wir erinnern uns, dass Putin vor nicht langer Zeit, die Ukraine überfiel, die Krim annektierte und in den Friedensverhandlungen von Minsk den Wolf spielte, der Kreide gefressen hat.

Putin ist ein Heuchler und ein Gerngross. Dies wurde nach seinem Zusammentreffen mit dem syrischen Diktator Assad offenbarer denn je. Anstatt sich an der Lösung schwerer internationaler Konflikte zu beteiligen, trägt er vielmehr zu deren Verschärfung bei. Die kaum versteckte militärische Forcierung des Ukrainer-Krieges war ein Beispiel. Das andere, das brandaktuelle, ist das Bombardement in Syrien, mit dem Putins Militärs unter Missachtung des Völkerrechts, Mittäter in einem bösen Krieg geworden ist, der ihn in keiner Weise etwas angeht und bei dem die zivile Bevölkerung Syriens grausam zu leiden hat.

Putin jedoch handelt nicht, um seinem Strohmann Assad zu helfen, sondern sein Kampf gilt Europa und den Vereinigten Staaten. Er fordert den Westen zu ebensolchen Kriegshandlungen heraus und will durch die Flugeinsätze gegen die Zivilbevölkerung Syriens neue Flüchtlingsmassen in Bewegung setzen, die auf das Territorium der EU zuströmen, weil sie ansonsten keine Überlebensmöglichkeit sehen. Dass dies zu einem Zeitpunkt stattfindet, in dem die Einheit der EU ohnehin zu kippen droht, ist für Putin ein politischer Trumpf, den er genüsslich in der Hand behält. Man muss es nicht betonen, dass er insbesondere Angela Merkel im Visier hat, die nach dem Ukraine-Konflikt die treibende Kraft zur Verhängung der Russland-Sanktionen gewesen ist und Putin damit in enorme innenpolitische Schwierigkeiten brachte. Dass er – quasi als nebenläufiges Schmankerl – auch einen anderen Rivalen, den türkischen Präsidenten Erdogan abwatschen kann, fällt dabei kaum noch auf.

Rache ist süß, Intrigen sind nützlich – das wird sich Putin, der sich mit seiner schändlichen Politik in einer Linie mit seinen historischen Sowjet-Monstern Stalin, Lenin und Breschnew befindet, denken. Es ist jedoch unübersehbar, dass diese absolutistische Politik zudem eine innenpolitische Komponente hat, und die könnte Putin nicht erst langfristig Probleme bescheren. Seiner Bevölkerung geht es zunehmend schlecht. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln wird auffällig knapp und teuer. Russland ist geprägt von der Sowjet-Hegemonie. Die einstige UdSSR hat sich wirtschaftlich an den Satellitenstaaten gesund gestoßen und dafür nur Rohstoffe und „militärischen Schutz“ als Gegenwert geliefert. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes hat Russland vom Öl-Verkauf gelebt, anstatt eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Diese Strategie ist nicht aufgegangen. Die russische Wirtschaft wird sich nicht ohne weiteres erholen, die Bevölkerung wird es büßen. Es fragt sich, wie lange sich die Menschen in dem Riesenreich einen Hasardeur wie Putin noch gefallen lassen werden. *Hugo Diederich*

# Es lief (nicht) alles wie am *Schnürchen*

*Zum Tode des früheren Rechtsanwaltes Dr. Wolfgang Schnurs*

**Im Januar starb der frühere Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, der in der DDR für die Kirche arbeitete und dem auch viele damalige politische Häftlinge vertraut hatten. Wegen seiner intensiven Zusammenarbeit mit dem MfS und der Absicht, in der DDR Ministerpräsident zu werden, geriet er 1990 massiv in die Schlagzeilen. Lesen Sie nachstehend einen Nachruf von Dr. Jörg Bilke.**

Er starb, fast vergessen, am Samstag, 16. Januar, in einem Wiener Krankenhaus, völlig verarmt und fern von seinen Wirkungsstätten in Rostock und Berlin. Öffentlich bekannt wurde sein Tod erst am 20. Januar, und das eher beiläufig, nur Tom Strohschneider, der Chefredakteur der einstigen SED-Zeitung „Neues Deutschland“, schrieb einen längeren Nachruf, voller Verständnis für dieses von Tragik überschattete Leben.

Dr. Wolfgang Schnur (1944 bis 2016) wurde am 10. Juni 1944 in der pommerschen Hauptstadt Stettin geboren und kam, noch kein Jahr alt, als Waisenkind nach Rostock. Er wuchs in Kinderheimen auf und legte das Abitur ab, nach einer Maurerlehre studierte er schließlich Rechtswissenschaft und wurde 1964, als er gerade 20 Jahre alt war, von Werbern des Ministeriums für Staatssicherheit angesprochen, die ihm eine „Verpflichtungserklärung“ abverlangten. So wurde er neben dem Studium, das er als Diplom-Jurist abschloss, zum „inoffiziellen Mitarbeiter mit Feindberührung“, der auch im 1969 gegründeten „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“, mit Sicherheit im Auftrag seiner MfS-Vorgesetzten, eine zweite Karriere durchschritt bis hinauf zum Vizepräsidenten der Synode.

Dass er Waisenkind war und ohne Eltern, an die er sich in jugendlichen Nöten hätte wenden können, aufwuchs, haben sich die Menschenfänger der Staatssicherheit in schamloser Weise zunutze gemacht. Sie berieten ihn, sie machten ihm Geld- und Sachgeschenke, sie ersetzten ihm Vater und Mutter. Solche Fälle, wo ein Lebenslauf durch staatliche Einwirkung in eine völlig falsche Richtung gedrängt wurde, gab es vermutlich zu Tausenden im SED-Staat. Bekannt ist der von „Ibrahim“ Böhme, der sein Unwesen in Thüringen trieb und über den Birgit Lahann ein eindrucksvolles Buch „Genosse Judas“ (1992) geschrieben hat.

Frühzeitig hatte Wolfgang Schnur als „Kirchenanwalt“ auch Kontakt zu Pfarrer Horst Kasner (1926 bis 2011) aufgenommen, der 1954, wegen des Mangels an Pfarrern, von Hamburg nach Quitzow/Mecklenburg übergesiedelt war und seit 1957 in der brandenburgischen Kreisstadt Templin das „Pastoralkolleg“ aufbaute, wo SED-nahe Pfarrer ausgebildet wurden. Horst Kasner, der Vater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, war auch Mitglied des 1958 gegründeten Weißenseer Arbeitskreises, der linkssozialistische DDR-Theologen ideologisch förderte.

Im Oktober 1989, wenige Wochen vor dem Mauerfall am 9. November, wurde, zunächst inoffiziell, von den beiden Pfarrern Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer sowie von Wolfgang Schnur die oppositionelle Gruppe Demokratischer Aufbruch gegründet, auf dessen offiziellem Gründungstag am 16. Dezember in Leipzig der Rostocker Rechtsanwalt zum Vorsitzenden gewählt wurde. Ein Vierteljahr später, im März 1990, noch vor den demokratischen DDR-Wahlen vom 18. März, wurde Schnurs Status als „inoffizieller Mitarbeiter“ 1964/89 der „Staatssicherheit“ aufgedeckt. Er wurde aus dem Demokratischen Aufbruch, der später in der Ost-CDU aufging, ausgeschlossen und erkrankte schwer. 1993 wurde ihm wegen „Mandantenverrats“ die Zulassung als Rechtsanwalt entzogen, was 1994 vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigt wurde. 1996 verlor er einen Prozess gegen die Bürgerrechtlerin Freya Klier und Stephan Krawczyk und wurde zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. 1999 wurde er vorübergehend wegen Betrugs festgenommen. Sein ehemaliger Mandant Alexander Kobylinski, der 1984 wegen Verteilens von Flugblättern vor Gericht stand, hat unter dem Titel „Der verratene Verräter“ (2015) eine Biografie über ihn veröffentlicht.

*Jörg Bernhard Bilke*

## Danke für den Artikel über Zeitz und Oskar Brüsewitz

✉ Mit dem August 2016 nähert sich der 40. Jahrestag der Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz aus Protest gegen die SED-Diktatur vor der Zeitzer Michaeliskirche. Wird es in diesem Jahr in Zeitz eine würdige Gedenkveranstaltung geben?

Diese Frage wird im vorigen Heft der deutschlandweit erscheinenden Monatszeitschrift "Freiheitsglocke" gestellt. Damit verbindet sich auch die Kritik, dass am Zeitzer Altmarkt vor einigen Jahren eine Gedenkinschrift – auch für die Opfer der SED-Diktatur – auf Initiative kommunistischer Kräfte entfernt wurde. Heute steht auf dieser Tafel lediglich noch: "Den Opfern des Faschismus". Die Stadtverwaltung Zeitz weigert sich weiterhin mit unglaublichen Argumenten bis heute, eine neue Gedenkinschrift für SED-Diktatur-Opfer an einem Gebäude am Altmarkt anbringen zu lassen, obwohl es wiederholt Forderungen gab und der Stadtratsvorsitzende (CDU) zuletzt Anfang 2015 einen angemessenen Vorschlag vorlegte und die Finanzierung gesichert war.

"Es ist schwer begreiflich ...." und für die zahlreichen Opfer und Widerständler des SED- Regimes schwer erträglich, dass es 26 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft so etwas in Deutschland noch gibt.

*Dr. Oskar Schmidt*

## Thema Brüsewitz – da tut sich konkret was

*Biografie und Ausstellung sind in Vorbereitung*

Oskar Brüsewitz und seine enorme Bedeutung für den Widerstand gegen das DDR-Regime sind keineswegs vergessen. Bis zum Sommer erscheint ein fast 500 Seiten starkes Buch, das den Abschnitt seines Lebens bis 1964 nachzeichnet. Autor ist der Fg-Redakteur Alexander Richter, der dazu umfassend recherchiert hat und der auch die Brüsewitz-Ausstellung betreut, für die sich für den September die Gedenkstätte in Halle (Saale) angemeldet hat. *H. Diederich*

## Das mitbegangene Unrecht wirklich bereut oder die Reue nur gespielt?

*Die wahre Haltung Günter Schabowskis bleibt mit einem Fragezeichen versehen*

War er ein Wendehals oder ein Schauspieler, den das Schicksal auf die Schilde der Geschichtsglorie hob? Sein Auftreten an jenem 9. November 1989 im Fernsehen, als er naiv verwirrt die Öffnung der Grenzen zum Westen bekanntgab, ließ ihn – einstmals Chefredakteur des ND – und viele weitere bis dahin eher unauffällig gebliebene SED-Knochen als gar nicht so schlimm und eigentlich eher menschlich erscheinen. Leute, mit denen man im Grunde ja doch reden konnte, die ja auch nur einen verordneten Job machten.

Günter Schabowski, der Ende letzten Jahres verstarb, hat diese Linie fortgesetzt. Er hat Schuld bekannt und er hat Bekenntnisse des Irrens für seine Vergangenheit abgelegt. In Podiumsgesprächen und schlichten Statements hat er den reuigen Sünder gegeben. Für die einen glaubhaft, für die anderen glaubwürdig, für jene jedoch, die vom ideologischen Drill der eingefleischten SED-Oberpropagandisten wussten, unglaublich. Denn die Schuld, die Leute seines Schlages in der Diktatur auf sich geladen haben, ist einfach zu groß. Das ND, das alle SED-Genossen zu abonnieren und dessen Inhalt sie zu befolgen hatten, gab genau jenen Spielraum vor, den der Einzelne im Sozialismus hatte: keinen. Das Neue Deutschland war Gesetz. Nicht umsonst gehörte dieser Chefredakteur Günther Schabowski bis in die letzten Tage noch dem Politbüro der SED an.

Schabowski hat nach dem November 1989 jenen seichten, verführerischen Medienwind genutzt, der ihn beim Verlesen der entscheidenden Pressemitteilung in das biedere Licht tauchte, in dem man ihn im Westen gern hatte. Ein Geläuterter, der – nach eigenem Bekunden – schon zu Zeiten des Politbüros dem Honecker-Kurs widerstrebte, passte gut in die westliche Medienlandschaft. Er ist seitdem immer weiter geglitten in diesem Hauch, er wurde gar eine Art Held, wiewohl er sich sicherheitshalber in die Rolle des Tölpels begab, denn die des Helden hätte man ihm langfristig denn doch nicht abgenommen. Dass er später, nachdem die Erichs und Egons und die anderen Günters öffentliche Fußtritte bekommen hatten, von Einsicht und begangener Schuld redete, mag durchaus seinem nachträglichen Erkenntnisstand entsprochen haben. Man mag sogar akzeptieren, dass er – schon vor dem Mauerfall – Honecker gern weggehabt hätte. Doch man muss fragen: Warum hat er nicht wirklich gegen den verbohrten Greis gekämpft? Und sei es durch den Rückzug aus seinen Ämtern. Kann man ihm also seine (Mit)Schuld vergeben? Hätte er nicht vielmehr auf eine Anklagebank als in die Diskussionsforen gehört? Seine politische Rolle und sein ideologischer Einfluss waren doch nicht geringer als die einer Margot Honecker.

Schabowski ist tot, andere Verantwortliche, auch Täter genannt, leben – und das gar nicht schlecht. Lebende kann und könnte man zur Verantwortung ziehen. Man tut es freilich nicht. Nicht mehr, das Kapitel ist abgeschlossen. Diejenigen, die der Sänger Wolf Biermann öffentlich als „Drachenbrut“ bezeichnete, haben sich in der Gesellschaft etabliert. Sie genießen politische Akzeptanz und wissen sich gegebenenfalls über Rechtsanwälte zu wehren. *B. Thonn*

## Die Jämmerlichkeit des Trauerzugs könnte kaum größer sein

*Das alljährliche Januar-Spektakel zur Selbstinszenierung in Treptow war wieder unvermeidlich*

Die einen schleppen Kränze, die anderen ihre frostigen Mienen und sowieso alle ihre gut geschneiderte dicke Wintergarderobe. Von wirklicher Revolutions- oder Aufbruchsstimmung ist da nichts zu spüren, wenn die in die Jahre geratene First Choice der Partei Die Linke wie jedes Jahr an den TV-Kameras vorbeizieht und man nur mühsam die Unlust über die Teilnahme an dem unvermeidlichen Winterdefilee auf den Gesichtern zu verbergen mag. Man kann die Gestalten, die den Zug der nachfolgenden Tausenden anführen, kaum noch ernst nehmen. Man fragt sich vielmehr, ob sich diese Leute denn überhaupt selbst ernst nehmen. Werden doch gar auch Fahnen gezeigt, auf denen nicht nur die Köpfe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sondern sogar die von Stalin und Mao abgebildet sind. Da muss man fragen, ob nicht bald auch Honecker und Breschnew in diese absurde Galerie eingegliedert werden. Oder Kim Il sung. Und fragen muss man auch, ob nicht Luxemburg und Liebknecht, würden sie plötzlich wieder ins Leben zurückkehren und dieses banale Spektakel anschauen müssen, angesichts dieser Geschichtsvergewaltigung der Schlag treffen würde.

Natürlich, wir dürfen der Selbstinszenierung dieses Januars 2016, die viel weniger mit Kommunismus als mit einer furchtbar trostlosen Untergangsstimmung zu tun hat, nicht mehr Aufmerksamkeit widmen als in den anderen Jahren auch. Stattdessen sei darauf hingewiesen und dafür gedankt, dass es immer noch einige unermüdliche ehemalige politische Häftlinge aus der territorial verschwundenen DDR gibt, die den Massentrott der einstigen Täter und Mitläufer vielfach aufwiegen und am Rande dieses Oldtimer-Marsches auf unserem Opferstein Blumen und Kranzgebinde für die zahllosen unbekannten und die bekannten Opfer des Stalinismus, wobei die Spanne bis zum kläglichen Untergang des mitteleuropäischen Staatssozialismus gemeint ist, niederlegen und ihr ehrliches (!) Gedenken zum Ausdruck bringen. *Valerie Bosse / Foto: Mario Röllig (fb)*

**Das Zitat**: Der größte Feind der Wahrheit ist nicht die Lüge – absichtsvoll, künstlich, unehrlich –, sondern der Mythos – fortdauernd, verführerisch und unrealistisch. *John F. Kennedy*

# Von Altersweisheit keine Spur

*Interview mit Margot Honecker in Chile*

Alle Jahre wieder taucht die gescheiterte SED- Kommunistin Margot Honecker, die am 17. April 2016 ihren 89. Geburtstag feiert, aus der politischen Versenkung in Santiago de Chile wieder auf, wohin sie vor ihrer Verhaftung im Jahr 1990 aus dem wiedervereinigten Deutschland verschwunden ist, und verkündet abgedroschene, lächerliche Weisheiten über den Mauerfall 1989 und den Untergang des SED-Staats, die wahrlich keiner hören will (und kann).

Nun hat sie im Oktober 2015 zwei griechischen Nachrichtenagenturen ein Interview gegeben, das die einstige FDJ-Zeitung JUNGE WELT, die sich für keine Dummheit zu schade ist, am 11. November nachgedruckt hat.

Nicht die DDR-Regierung war schuld an ihrem Untergang, so lesen wir, sondern die Amerikaner, die die friedliebende Sowjetunion „totrüsten“ wollten bis zur „Preisgabe aller sowjetischen Errungenschaften“. Niemand, auch die Oppositionellen nicht (die es doch offiziell überhaupt nicht gab!), hätten im Herbst 1989 für die Abschaffung der DDR demonstriert, stattdessen habe der „deutsche Imperialismus“ damals seine Stunde kommen gesehen und die DDR-Bürger mit der „glitzernden Warenwelt des Kapitalismus“ gelockt. Nun wissen wir es also aus höchstoffiziellem Mund: Der böse Imperialismus hat dem DDR-Sozialismus den Garaus gemacht, obwohl 17 Millionen DDR-Bürger ihren geliebten Staat gerne behalten hätten!

Als sie gefragt wird, ob sie noch bekennende Kommunistin sei, antwortet sie, der „Marxismus- Leninismus“, dem sie noch immer huldigt, sei „eine Methode, die Welt zu erkennen, zu begreifen, nach welchen Gesetzen sie sich bewegt, damit man sich in dieser Welt orientieren kann.“

In ihrem Fall allerdings scheint diese „Methode, die Welt zu erkennen“, versagt zu haben, sonst hätte sie wissen müssen, dass diese Gesellschaftsordnung, in der sie als Ministerin für Volksbildung und Mitglied des Politbüros gelebt hat wie die Made im Speck, dem Untergang geweiht war. Hatte sie nicht allen DDR- Schülern eintrichtern lassen, dass sich die Geschichte „gesetzmäßig“ in Richtung Sozialismus entwickelt? Nach der Urgesellschaft kommt die antike Sklavenhaltergesellschaft, die vom mittelalterlichen Feudalismus abgelöst wird. Danach kommen Kapitalismus und Bürgertum, in deren Schoß sich die „Arbeiterklasse“ entwickelt. Die aber macht eine Revolution und schafft die „klassenlose Gesellschaft“, was nicht mehr rückgängig zu machen ist, weil das „konterrevolutionär“ und „reaktionär“ wäre.

Und dann fiel die Mauer in Berlin, und der „Kapitalismus“ kehrte zurück. Für überzeugte Kommunisten wie Margot Honecker läuft nun die Geschichte rückwärts. Und nun sitzt sie in ihrer chilenischen Wohnung und hadert mit dem Weltgeist – und mit der Wirklichkeit!

*Jörg Bernhard Bilke*

Die Bourgeoisie produziert mit der Pauperisierung breiter Massen im Zuge der großen Industrie ihre „eigenen Totengräber“, d. h. sie wirkt mit an der Entstehung und Formierung des Proletariats als kampfwillige Klasse.

*Karl Marx/ Friedrich Engels:*
*Aus: Manifest der Kommunistischen Partei*

# Haben diese Täter keinen Respekt vor den Leiden der Opfer?

*In Rostock wurde an der ehemaligen MfS-Haftanstalt eine Gedenktafel geschändet*

**Unser Kamerad Peter Heubach aus Rostock ist weiter im Sinne der SED-Opfer aktiv. Für diese Fg-Ausgabe stellte er uns zwei aktuelle Beiträge zur Verfügung.**

✉ In meiner Angelegenheit der Aberkennung der akademischen Grade des MfS, werde ich mich in Kürze mit einem Gesuch an den Bundespräsidenten Joachim Gauck und die Bundeskanzlerin Angela Merkel wenden. Einen weiteren Brief werde ich als Sozialdemokrat an den Bundesvorsitzender der SPD Sigmar Gabriel senden.

**Nun etwas Besorgniserregendes:** Am 15. Januar 2016 erfolgte auf die Gedenktafel, die am Haus der Justiz in Rostock angebracht ist, ein Anschlag. In diesem Haus befand sich bis 1990 die Bezirksverwaltung des MfS des damaligen Bezirkes Rostock. Meine Empörung über diesen Anschlag habe ich in einem Leserbrief an die *Ostseezeitung* Rostock zum Ausdruck gebracht. Diesen Brief möchte ich euch nicht vorenthalten:

**Anschlag auf die Gedenktafel für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft am HAUS DER JUSTITZ (ehemaliger Sitz der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit des Bezirkes Rostock) am Freitag, dem 15. Januar 2016**

Mit Erschütterung habe ich am 16. Januar vom heimtückischen Anschlag auf die Gedenktafel für die Opfer der Kommunistischen Gewaltherrschaft am Haus der Justiz (einstige Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit des Bezirkes Rostock) in Rostock erfahren. Den Tätern dürfte meines Erachten gar nicht bewusst gewesen sein, was sich von 1945 bis 1990 hinter diesen Mauern ereignet hat, nämlich dass hier Menschen, die ihre eigene Meinung vertreten haben, schikaniert, gedemütigt und inhaftiert wurden.

Haben solche randalierenden Personen vergessen, dass durch dieses Organ (MfS), Biographien von Menschen zerstört wurden und die Betroffenen bis heute an den Spätfolgeschäden (lebenslange gesundheitliche Einschränkungen und traumatische Belastungen), den Zersetzungsmaßnahmen (das geht vom inoffiziellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen bis hin zur Isolierhaft von Gegnern des Stalinismus in der DDR), leiden? Hier wurden Menschen eingeschüchtert und massiv bedroht. Ich hoffe, dass unsere Polizei die Täter ausfindig macht, die Staatsanwaltschaft Klage gegen sie erhebt und es zu einer Verurteilung der Täter kommen wird. Zur Untermauerung der Anklage sollten unbedingt auch Opfer des Stalinismus als Zeugen gehört werden und der Opferverband VOS als Nebenkläger in Aktion treten, um der Öffentlichkeit endlich wieder die Augen für diese nicht nachvollziehbare Tat zu öffnen. Wer Gedenkstätten – und zwar beider deutscher Diktaturen und ganz gleich in welcher Art – schändet, muss mit der Härte des Gesetzes rechnen. Der Anschlag auf die Tafel zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Rostock stellt die Beleidigung und Kränkung Zehntausender ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR dar.

*Peter Heubach, SED-Opfer und*
*Enkel eines Häftlings des KZ Buchenwald*

# Wenn die DDR wach wird, erwacht die Erinnerung an das Unrecht

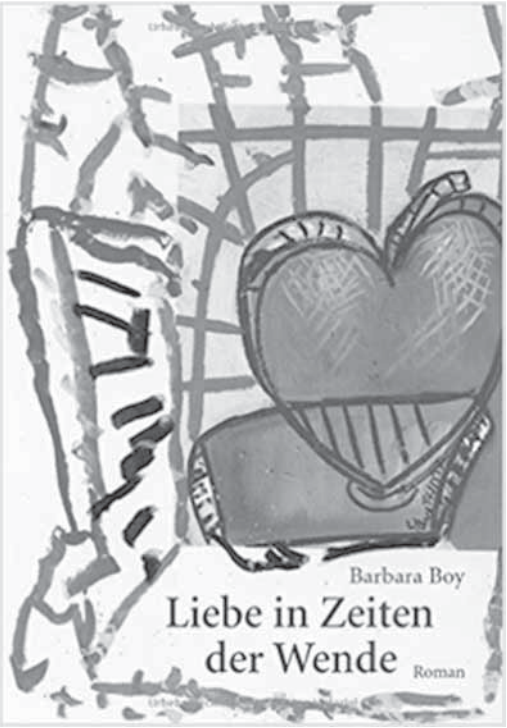
*Drei Bücher, die sich auf verschiedene Weise mit der Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert befassen*

Seiten=Blick

Im November 2016 wird es 27 Jahre her sein, dass die Mauer fiel, die den einen Teil Deutschlands gewaltsam vom anderen trennte. Viele tragische Schicksale verbinden sich mit der Teilung des Landes. Sie sind in Zahlen kaum zu fassend. Inhaltlich hingegen sind sie oft ähnlich, zumindest was das Leid angeht, das sich damit verband und das die Betroffenen, die Opfer, bis heute schmerzt. Wenn wir die Erinnerungen der Zeitzeugen betrachten, finden sich immer wieder Ausreisetragödien, bei denen Menschen verfolgt, bespitzelt und inhaftiert wurden. Die Folgeschäden bestehen dann ein Leben lang, und oft will die heutige freiheitliche Gesellschaft nichts mehr davon wissen.

Eine andere umfassende Kategorie sind die gescheiterten Fluchtversuche. Wie groß war damals der Drang, von der DDR in den Westen zu gelangen, wie tief saß der Widerwillen gegen dieses System DDR in vielen Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzten, indem sie Todesschüsse oder Verletzungen durch Minen riskierten. Die, die auf diese Weise ihr Leben verloren, werden mit etwas mehr als eintausend beziffert. Eine erschreckend hohe Zahl, die vermutlich nur eine Dunkelziffer ist und die noch deutlich ansteigen würde, könnte man auch jene Fällen aufdecken, die durch das Regime der SED aus den Akten und den Erinnerungen getilgt wurden.

Mit der zunehmenden Zeitspanne und dem abnehmenden Interesse der Gesellschaft ist bei den Opfern der Bedarf gestiegen, das eigene Schicksal niederzuschreiben und es damit für die Nachwelt festzuhalten. Das ist wichtig, egal wie weit wir uns zeitlich aus dem vorigen Jahrhundert entfernen. Eine sichtliche Anzahl solcher Veröffentlichungen in Büchern oder anderen gedruckten Publikationen liegt uns inzwischen vor. Daneben wird die Teilung des Landes und ihre Auswirkung auf die Menschen auch hinreichend in Filmen oder Fernsehdokumentationen als Thema genutzt. Leider wird dabei nicht immer historisch korrekt verfahren. Vor allem in Filmen oder Fernsehspielen, wo es um hohe Einschaltquoten geht, finden sich mitunter abstruse Konstruktionen oder Sequenzen in den Handlungen, die weitab der einstigen Realität liegen. So wird beispielsweise ein Stasi-Vernehmer am Ende eines Filmes von Reue für das begangene und nun erkannte Unrecht erfasst; oder ein anderer Stasi-Mann verliebt sich in einem Film während der Vernehmungen in sein weibliches Opfer und erzeugt durch geheime Signale platonische Liebesbekundungen. Solche Handlungsverläufe sind nicht nur oberflächlich, sondern unrealistisch und völlig verfehlt. Mag sein, dass die oder der Durchschnittszuschauer so etwas tatsächlich sehen möchte, um die eigene Erinnerung an das Unrechtssystem beschönigen oder zu glätten, und dass man damit dann wirklich gute Quoten rausschlägt. Für die Jugendlichen, die sich diese Filme dann teils als Pflichtstoff anschauen, um sich ein komplexes Bild über die Zeit zu machen, die sie selbst nicht erlebten, ist das Gift, denn die verharmlosenden Darstellungen wecken den Anschein, als hätte im Sozialismus kommunistischer Prägung Menschlichkeit den Vorrang vor der Konsequenz der Ideologie gehabt. Ein Irrtum, wie es jene bestätigen, die mit dem MfS zu hatten und die in der U-Haft und auf den Vernehmer-Stühlen vor Angst gezittert haben.




Eine Autorin, die sich wiederholt mit der Aufarbeitung der DDR befasst hat, ist Barbara Boy, Jahrgang 1948 und von den Erfahrungen der DDR geprägt, da sie dort aufwuchs, das Abitur machte und an der Pädagogischen Hochschule Erfurt studierte. Barbara Boy hat bereits mit einem ihrer früheren Bücher („Traumschuster“), das auch in der Fg vorgestellt wurde, einen realistischen Beitrag zur Aufarbeitung der DDR geleistet. In ihrem neuen Werk „Liebe in Zeiten der Wende“ geht sie dieses Vorhaben ebenfalls an und setzt sich dabei anspruchsvolle Maßstäbe, indem sie drei Personen, zwei Männer und eine Frau, als Haupthandlungsträger festlegt und deren Lebenswege durch die Zeit des Bestehens der DDR nacherzählt. Dies ist insofern kein leichtes Vorhaben, als der Leser zunächst vom Titel her eine andere Erwartung mitbringt, nämlich die schwerpunktmäßige Schilderung der im Herbst 1989 stürmisch verlaufenen „Zeiten der Wende“ und jenes Endstadium der DDR dann nur nebensächlich abgehandelt wird.

Interessant ist das Buch dennoch. Dafür spricht die Kategorisierung der drei Hauptpersonen, von denen die beiden männlichen Akteure – der eine mit Parteizugehörigkeit und der andere ohne – die DDR durch verbesserte Wirtschaftsstrategien und die Milderung der ideologischen Komponenten mit dem Westen konkurrenzfähig machen wollen, die Frau hingegen das Land um jeden Preis verlassen will. Dabei ergeben sich jene bösen Verschlingungen, die mancher Leser und manche Leserin selbst miterlebt hat. **→ Seite 13 oben**

Inhaftierung, Wegnahme des Babys, Bespitzelungen, Intrigen. Doch trotz der Gefahren und der Repressalien halten die drei, deren Entwicklung über mehrere Jahrzehnte beschrieben wird, jeweils an ihrem Ziel fest und, was dem Roman dann auch einen versöhnlichen Ausgang beschert, finden zu guter Letzt auch zusammen.

---

Barbara Boy**: Liebe in Zeiten der Wende ,** 273 Seiten, Pro Business; 2015), 273 Seiten, 14,90 Euro

---

Mit Förderung der Landesbeauftragten-Stelle in Sachsen und durch die Unterstützung des Leiters dieser Behörde Lutz Rathenow sind Ende letzten Jahres zwei Taschenbücher ebenfalls zum Thema Aufarbeitung des SED-Unrechts und Bewältigung nachfolgender Belastungen erschienen, wenngleich sie aus unterschiedlicher Perspektive und mit verschiedenen Zielsetzungen verfasst wurden.

Unter der Herausgeberschaft von Birgit Neumann-Becker, Jörg Frommer, Freihart Regner und Stefanie Knorr entstand eine Sammlung von Beiträgen, die sich mit der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden sowie psychosozialer Probleme, therapeutische und seelsorgerische Aufgaben bei der Betreuung ehemaliger politischer Häftlinge des SED-Regimes auseinandersetzt. Unter anderem ist eine Studie über den Langzeitverlauf posttraumatischer Belastungen, wie sie inzwischen immer häufiger bei den Betroffenen festzustellen sind, enthalten. Sie beinhaltet die Ergebnisse einer mehrteiligen 15- jährigen Forschungsarbeit, wobei auch auf das mittlerweile heftig umstrittene Verhältnis von Zeitzeugen-Erfahrungen und den in den Stasi-Akten festgehaltenen Angaben, auf die sich die Historiker zunehmend stützen, eingegangen wird.

An anderer Stelle wird auf die Frage eingegangen, warum können manche Opfer über das erlittene Schicksal reden und andere drohen unter der Last eigener Erlebnisschilderungen zusammenzubrechen. Die Komplexe Verdrängung, Bewältigung und Entstehung neuen Leids werden thematisiert, ganz konkret finden sich Fallbeispiele von psychischen und physischen Wunden, die bis heute nicht vernarbt sind.

Grundsätzlich steht die Frage, die auch mit dem Titel des Buches angesprochen wird, wie die Verwirklichung des Menschenrechts in der Situation der ehemaligen politischen Häftlinge wahrgenommen wird. Dass man gesundheitliche Schäden höchstens zu einem begrenzten Grad tilgen kann, ist zwar den Opfern bekannt, aber schon in der Politik stößt man diesbezüglich bestenfalls auf schöne Worte. Der Anspruch auf bessere Entschädigungen ist mittlerweile vom Tisch gefegt, zumal die Betroffenen selbst ihre Forderungen bestenfalls mit sporadischen Einzelaktionen und bei den falschen Instanzen und Personen vortragen. Daher ist es erfreulich, dass die Herausgeber diesem Buch eine grundsätzliche Betrachtung zum Unrechtsstaat DDR voranstellen. Daraus ableiten lässt sich dann zudem die Forderung nach einer insgesamt vollwertigen Anerkennung der ehemaligen politischen Häftlinge als Opfergruppe, mit der der Anspruch auf eine angemessene gesundheitliche Versorgung, die bis heute keineswegs gesichert ist, einhergeht.

Vieles, was in dem Buch steht, dürfte den ehemaligen Häftlingen aus den Herzen sprechen. Die Frage wird freilich sein, werden es wieder nur die Opfer selbst lesen oder schauen auch – wenn schon nicht die Politikerinnen und Politiker – so doch wenigstens die nicht schlecht bezahlten Gutachter und Juristen in diese Lektüre. Denen – und dies steht hier nicht aus Gründen der Gehässigkeit, sondern weil es sich oft genug erwiesen hat – fehlt es leider an der Kenntnis der wirklichen Zustände, die einst in der Haft und bei den Vernehmungen herrschten.

---

Birgit Neumann-Becker/ Jörg Frommer/Freihart Regner/Stefanie Knorr (Hg.): **SED-Verfolgte und das Menschenrecht auf Gesundheit –** Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden sowie psychosoziale, therapeutische und seelsorgerische Perspektiven
In der Studienreihe der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, als Band 5 mit 216 S. erschienen.

---

Aber nicht nur wissenschaftliche Veröffentlichungen sind mit Förderung des Landesbeauftragten in Sachsen erschienen. Auch den Zeitzeugen selbst wurde die Möglichkeit gegeben, über ihre Schicksale zu berichten. Und dazu zählt nicht nur das, was sich mit erlittener Haft verbindet und im wesentlichen Gegenstand der Fg-Beiträge ist. Es sind vor allem die Fluchtgeschichten, die es – nach nunmehr schon einem halben Jahrhundert – in sich haben. Wer die DDR selbst erlebt hat, der weiß, wie sehr die Menschen nach einem Weg in den Westen geradezu gelechzt haben. Allein die Bilder aus dem Sommer 1989 zeigen, welch ein Überdruss geherrscht hat: Prager Botschaft, ungarische Campingplätze – es waren Massen flüchtender DDR-Bürger, die ihr ganzes Hab und Gut stehen und liegen ließen, um in den freien Teil Deutschlands zu gelangen. Dies verdeutlicht, welche Sehnsucht sich über all die Jahrzehnte seit Schließung der Grenze in den Menschen angestaut hatte.

Eine Sammlung von etwa 15 Fluchtgeschichten – geschildert aus unterschiedlichen Perspektiven – hat der Journalist Dieter Bub veröffentlicht. Ihm ist es gelungen, mit einstigen Republikflüchtigen ins Gespräch zu kommen und deren Erlebnisse zu protokollieren. Das Ergebnis ist gleichsam ein geschichtlich zeitloses Erzähldokument wie auch ein in voneinander unabhängige Sequenzen aufgeteilter Thriller, der die Leserin und den Leser nach so vielen Jahren immer noch in höchster Spannung verharren lässt. **→ S. 14**

Immer wieder stellt sich beim Lesen die Frage: Ist das denn die Wirklichkeit gewesen? Haben sich Menschen durch Minenfelder gewagt, sind sie durch die reißende Elbe geschwommen, gruben sie Tunnel, bauten Heißluftballons, haben sie sich stundenlang in einen engen PKW Kofferraum gequetscht und sind sie aus mehr als zehn Metern Höhe über die Reling des DDR- Luxusschiffes Völkerfreundschaft gesprungen, ohne dabei auf die Gefahr für ihr Leben zu achten?

Die Antwort lautet: ja.

Doch eben weil die Gefahr des Getötet- und des Gefasstwerdens so hoch war, ist zudem die Zahl der gescheiterten Fluchtversuche und die der Todesopfer glaubhaft und – bis heute – besorgniserregend. Damit verbindet sich dann die Frage, haben sich die Erwartungen der Geflüchteten erfüllt, hat sich das große Risiko gelohnt? Die Antworten, die natürlich weit über den Rahmen dieses Buches hinaus gehen, fallen unterschiedlich aus. Manch einer kam im Westen wirtschaftlich und sozial nicht mehr auf die Füße, anderen wiederum wurde erst viel später bewusst, was sie auf sich genommen hatten, sie mussten – ähnlich wie ehemalige politische Häftlinge – angesichts schwerer posttraumatischer Belastungen, psychiatrischer Hilfe in Anspruch nehmen. Viel zu wenig ist darüber bekannt, zu wenig besteht überdies in der Öffentlichkeit zu diesem Thema Interesse.

Zum Glück hat sich die deutliche Mehrheit der Geflüchteten nach dem Eintreffen in der Bundesrepublik in stabile Verhältnisse eingelebt. So ebenso der Herausgeber dieser „Geschichten"-Sammlung, der selbst bereits 1956 die DDR illegal verließ und später im Westen mehrere Jahre bei der renommierten Zeitschrift STERN als deren Korrespondent in Ost-Berlin arbeitete. Dieter Bub (geboren 1938) hat sich dem Thema Teilung Deutschlands nach der Flucht auch in Fernsehberichten und anderen Publikationen ausführlich gewidmet, und er stellt sich der Aufarbeitung des Unrechts nun ebenfalls in den Zeiten der neuen Einheit. Seiner gelungenen Erzählweise ist es zu verdanken, dass die vorliegende Sammlung über den Rahmen von authentisch geprägten Berichten hinausgeht und man auf diese Lektüre auch noch viel später zurückgreifen wird. *Tom Haltern*

---

Dieter Bub (Autor/ Herausgeber):
**Unsere Sehnsucht nach Freiheit: Fluchtgeschichten aus der DDR**
160 Seiten, 9,95 Euro

---

**Hinweis:** Die hier vorgestellten Bücher werden auch zu Gebraucht-Preisen im Internet angeboten.

**********

## Besser nicht weiter darüber nachdenken

*Zum Beitrag von Peter Heubach in der FG 757/8 mit der Petition zur Aberkennung der akademischen Grade der Stasi-Schulen schreibt Günther Kühme:*

Diese Petition unterstütze ich gern. Psychotipps der SED-Machthaber garniert mit dem Doktortitel sind keine Empfehlung in unserer freiheitlichen Demokratie. Zwischen 1966 und 1989 sollen 347 Personen den Doktortitel an diesen „Hochschulen" erworben haben. Empfehlungen zur menschlichen Erniedrigung wurden durch den Einigungsvertrag anerkannt. Eigentlich ein ungeheuerlicher Vorgang. Der CDU- Verhandlungspartner war seinerzeit meines Wissens Minister Schäuble. Für mich unfassbar, dass ein Minister, dem alle Materialien über den SED-Staat bekannt sein mussten, denn wozu gibt es zum Beispiel die Konrad-Adenauer-Stiftung oder die Nachrichtendienste, um sich kundig zu machen. Es ist besser nicht weiter darüber nachzudenken, dann kommt man aus dem Grübeln nicht heraus.

*Günther Kühme*

## Einladung der VOS Sachsen zu zwei Lesungen

Die VOS-Sachsen beabsichtigt, im März 2016 eigenständig zwei Bücher mit wichtigen Zeitzeugen-Berichten vorzustellen.

**17. März um 18.00 Uhr**
in der Runden Ecke bei
Herrn Tobias Hollitzer
Es liest und moderiert die
Autorin und Muesologin
**Ariane Zabel**
aus dem Buch:

**Ich sah die Mühlen Spuren mahlen, den Menschen tief ins Angesicht**

Das Buch wurde 2014 in der Verantwortlichkeit von Frank Nemetz von der VOS Sachsen herausgegeben. Darin kommen neun Zeitzeugen aus Leipzig, Wurzen und Chemnitz. (u. a. Frau Thomas, geb. 1926) zu Wort

**18. März um 18.00 Uhr**
in der Außenstelle Leipzig der
BSTU, Dittrichring 24,
04109 Leipzig
bei Frau Schild
Es liest und moderiert
die Autorin und Muesologin
**Ariane Zabel**
aus dem Buch:

**… und dann nahmen wir wieder am Leben teil**

Das Buch wurde 2015 ebenfalls in der Verantwortlichkeit von Frank Nemetz von der VOS Sachsen herausgegeben. Darin kommen fünf Zeitzeugen aus Leipzig, Wurzen und Chemnitz zu Wort. U. a. Andreas Laake.

**Anmerkung:**
*Nachfragen zu den Veranstaltungen an Frank Nemetz von der VOS in Leipzig oder an die Bundesgeschäftsstelle Berlin.*

*Informationen über Ariane Zabel gibt es im Internet. Frau Zabel bietet in der Web-Site an, gegen ein entsprechendes Honorar individuelle Lebensgeschichten zu formulieren, formatieren und zur Veröffentlichung zu bringen.*

# Einer, der wichtig ist und bei den Jugendlichen immer gut ankommt

*Schauspieler und Ex-Häftling Jochen Stern war im Januar als Zeitzeuge an einer Bonner Schule*

Wenn der Name des Schauspielers Jochen Stern fällt, gerät mancher Vertreter der etwas älteren Jahrgänge schon mal ins Schwärmen. Die Rollen, die der inzwischen 87-Jährige in Spielfilmen und Fernsehstücken ablieferte, hatten es in sich, sie haben es bis heute. Egal, dass es mitunter „nur“ kleinere Auftritte waren, hat ihnen Jochen Stern doch jedes Mal seinen persönlichen Stempel aufgedrückt und sie mit seinem speziellen Charisma versehen. So gesehen ist es schade, dass dem vielseitigen Mimen eine Dauerrolle als Kommissar oder Detektiv versagt geblieben ist – oder ist es nicht besser so, so wie es ist? Denn jene Mimen, die einmal pro Woche irgendwelche abgelutschten Drehbuch-Ideen ausfüllen müssen, werden spätestens in der dritten Folge dem Großteil des Publikums zur Last und erscheinen dann allein aus Gewohnheit oder infolge mangelnder Alternativen auf dem Bildschirm.

Jochen Sterns Beliebtheit hat hingegen noch eine zweite Komponenten, und diese wird eher in Insider-Kreisen wahrgenommen, denn sie entspringt seiner frühen Vergangenheit und hat mit seinem damaligen Wohn- und Geburtsort Frankfurt an der Oder zu tun. Dort wurde Stern 1948 eines Morgens von Angehörigen der Sowjetischen Besatzungstruppen verhaftet, in ein Auto gestopft und zur Vernehmung abtransportiert.

Es war die Zeit des stalinistischen Terrors und der blind anrollenden Verhaftungswelle im kommunistischen Teil Deutschlands. Viele junge Menschen der Jahrgänge 1928 bis 1930, natürlich auch andere harmlose oder bewusst sich auflehnende Bürger gerieten in die Fänge der „befreundeten“ Schutzmacht und verschwanden für viele Jahre in den Zuchthäusern und Lagern, aus denen sie – so überhaupt – abgezehrt und krank zurückkehrten.

Auch Jochen Stern wurde zum Opfer. Obwohl er sich realiter keine antisowjetischen Handlungen hatte zu Schulden kommen lassen, wurde ihm eine bis dahin unbeachtet gebliebene Schrift des Stalin-Widersachers Leo Trotzki zum Verhängnis. Immerhin war er früh Mitglied der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands geworden, was so manchen verdächtig machte und ihn Opfer einer Denunziation werden ließ. Das Ergebnis war ein Urteil über 25 Jahren, wovon der Abgeurteilte sechs Jahre in der Anstalt Bautzen verbüßen musste. Nach der Entlassung ging Stern in die Bundesrepublik, wo er studierte und später zum Fernsehen kam. Die Auszeichnungen, die er für seine Leistungen und sein Lebenswerk empfing, sind hoch angesiedelt. Das Verdienstkreuz am Bande und der Grimme-Preis gehören dazu.

Neben dem legendären Eduard Zimmermann und unserem leider viel zu früh verstorbenen VOS-Kameraden Hans-Joachim Platz, der entscheidend an der Gründung des Zweiten Deutschen Fernsehens beteiligt war und den Kanzler Konrad Adenauer als Biograf und Gesprächspartner in dessen letzten Lebensjahren begleitete, ist Jochen Stern zu einer Ikone seiner Häftlingsgeneration geworden. Immer noch spielt er Theater, und natürlich beteiligt er sich an der Aufarbeitung des schlimmen kommunistischen Unrechts. Neben seinem Einsatz über das Zeitzeugenbüro wirkt er auch im Projekt der VOS in NRW mit, das derzeit von Detlef von Dechend und Christoph Becke angeführt und noch von Dr. Frank Hoffmann von der Ruhr Uni Bochum betreut wird.

So war er im Januar 2016 vor einer Gruppe interessierter Geschichtsschülerinnen am Bonner Liebfrauengymnasium für einen Zeitzeugenvortrag zu Gast, wo er durch seine kurzweileigen authentischen Berichte die jungen Menschen in seinen Bann zog und auch die lokale Presse auf sich aufmerksam machte.

Jochen Stern ist ein sympathischer und keineswegs überheblicher Mensch, den das Schicksal nicht gebeugt hat. Seine aufgeschlossene Vortragsweise kommt bei den jungen Menschen gut an und trägt dazu bei, dass die Schicksale ganzer Generationen nicht (ganz) vergessen werden. Zugleich gehört er zu den Aushängeschildern des Zeitzeugenprojekts der VOS in NRW, das sich in den letzten Jahren erfreulich gefestigt und an Einfluss und Beliebtheit stark gewonnen hat. Man darf hoffen, dass die Ausstrahlung weiter zunimmt.

*Valerie Bosse*

*Weitere Infos und Foto:*
*www.vos-zeitzeugen.de*

## Wir trauern um

| | |
|---|---|
| **Günter Heyn** | **Bezirksgruppe Cottbus** |
| **Robert Kneip** | **Bezirksgruppe Rhein-Ruhr** |
| **Werner Wäsche** | **Bezirksgruppe Cottbus** |
| **Elfriede Etzold** | **Bezirksgruppe Jena** |
| **Gerhard Etzold** | **Bezirksgruppe Jena** |
| **Rosemarie Marzahn** | **Bezirksgruppe Berlin** |

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

# Das ist nicht nur für ehemalige Häftlinge ansehenswert

*Ein authentischer Bericht über das Zuchthaus Waldheim Ende März im Fernsehen des MDR*

Dr. Jörg Bernhard Bilke, der 1962/64 im Zuchthaus Waldheim einsaß, ist mit Hartmut Brix aus Liebertwolkwitz bei Leipzig, auch er ein Waldheimer, am 10. September 2015 unter der Linde und vor der „Bremen“ vom Fernsehen des „Mitteldeutschen Rundfunks“ interviewt worden. Der halbstündige Film wird in der Reihe „ Der Osten – Entdecke, wo du lebst“ am 29. März um 20.45 Uhr im MDR-Fernsehen gezeigt. Jörg Bilke gehört bekanntlich zu den Vertretern unseres Verbandes, die mehrfach in den Medien auftreten und auch häufig bei Vorträgen über die Haftzeit berichten. Wer den genannten Fernsehtermin nicht wahrnehmen kann, sollte versuchen, sich den Beitrag über die Mediathek der ARD anzusehen.

# Druckfehler/Korrektur zu Fg 757/8

*Richtigstellung eines Vornamens auf Seite 7*

In der vorausgegangenen Fg 757/8 wurde auf Seite 7 im Beitrag „Ein Projekt, das gerade für junge Leute Sinn macht“ über den Arzt Dr. Nöhricke berichtet. Der Betreffende wurde versehentlich mit einem falschen Vornamen genannt. Er heißt nicht Günther, sondern Dr. Heinz Nöhricke. Nicht Korrekt ist auch das Entlassungsdatum aus seiner Haft: Dr. Nöhricke wurde nicht 1954, sondern erst 1956 entlassen. Das Versehen bitten wir zu entschuldigen.

Der Redakteur dankt Kameradin Christine Härtkorn für ihren Hinweis und die Korrektur. *A.R.*

# Werner Juretzko – ein Unermüdlicher

*Hier lohnt sich mehr als ein Blick ins Internet*

Ein Dauertipp für alle Internetnutzer ist die Web-Seite unseres in den USA lebenden Kameraden Werner Juretzko. In mehreren Unterseiten erfährt man sehr viel über die beeindruckende Biografie dieses in Schlesien geborenen und trotz fortgeschrittenen Alters noch sehr agilen Kameraden.

Nach sechs Jahren Haft fasste Werner Juretzko das Leben mit beiden Händen an und ging in die USA, wo er als Unternehmer und Historiker erfolgreich wirkte und auch weiterhin agiert. Mehrmals reiste er nach Deutschland und besuchte Gedenkstätten. Man findet die Seite (wie auch dieses Foto) unter Eingabe des Namens oder Coldwar-Museum in eine Suchmaschine. *T. Haltern/ Hugo Diederich*


**VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)**

**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**
**PVSt Deutsche Post**
**Entgelt bezahlt**
**G 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

**Bundesgeschäftsstelle der VOS**
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80** und **030 – 2655 23 81**
**Fax: 030 - 2655 23 82**
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
**IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01**
**BIC: PBNK DEFF**
**Spenden sind steuerlich absetzbar**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**
**Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82**
**Mail: lv-berlin@vos-ev.de**
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

**Jahresbeiträge:**

| | |
|---|---|
| – **einheitlich für alle Mitglieder** | 45,00 € |
| – Ehepartner (ohne Freiheitsglocke) | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

**Spenden unbedingt erbeten!**

**Internetseiten der VOS** www.vos-ev.de
Fg-Nummer 761/762 erscheint im April 2016
Redaktionsschluss der FG **759/60 am** 15. Februar 2016